

21. Januar 2006 in Berlin (Übersetzung von Ulf Riebau)

Ein weiterer Bereich, in dem ich meine Schlussfolgerungen entwickeln möchte, ist die Spannung, die es im föderalen System zwischen dem Bund und den Ländern gibt. Diese Tendenz, dass die Länder immer mehr Zuständigkeiten für die Bildung erhalten, was auf eine historische Tradition zurückgeht, könnte darauf hinauslaufen, dass die Bundesebene die Möglichkeit verliert, Prozesse in Richtung auf Egalität zu steuern. Wir können feststellen, dass es zwischen den Bundesländern wesentlichen Unterschiede gibt, beispielsweise was die Bildungsausgaben betrifft: manche Bundesländer geben 3800 Euro für Bildung aus, andere 6300. Es gibt also Disparitäten, die unmittelbare Konsequenzen für den Bildungsprozess haben. So gab es in Niedersachsen eine Volksinitiative für kostenlose Schulbücher, die mit dem Argument zurückgewiesen wurde, dass es keine Mittel gäbe, um dieser Forderung entsprechen zu können. In anderen Bundesländern wendet man sich gegen die Pläne, dass die Bundesregierung sich ab dem Jahr 2019 aus der Finanzierung des Hochschulbaus zurückzieht

In einigen Bundesländer gibt es zweigliedrige Schulsystem, in anderen drei- oder viergliedrige, so dass es schwierig sein könnte, diese unterschiedlichen System zu versöhnen und aneinander anzugleichen. Das hat ernste Konsequenzen, wenn Familien von einem Bundesland in ein anderes umziehen müssen. Deshalb erscheint es ratsam, bestimmte vereinheitlichte Garantien zu vereinbaren, die diese Disparitäten beseitigen könnten. Als Beispiel sind die Bestimmungen zu nennen, nach denen im Alter von 10 Jahren die Schullaufbahneempfehlungen ausgesprochen werden, die festlegen, in welche Schulform die Schüler gehen werden. Diese Bestimmungen unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland.

Ich möchte nun einige grundsätzliche Herausforderungen ansprechen, die wir im Verlaufe unseres Besuchs feststellen konnten. Ich werde mich auf das Thema soziale Ungleichheit beziehen, auf das Thema Segmentierung und Selektivität. Außerdem werde ich versuchen, das Thema Integration zu analysieren und die Auswirkungen, die es auf Kinder von Migranten, Flüchtlingen, Asylbewerbern und von Personen ohne Papiere hat, ebenso auf Behinderte. Des weiteren das Problem des Übergangs von Schule in die Arbeitswelt, das Problem, das Individuum in den Mittelpunkt zu stellen, die Rolle der Lehrer und Lehrerinnen und die neuen demografischen Bedingungen.

Ich werde versuchen, so weit wie möglich zusammen zu fassen, da wir hier ein etwas langsames Übersetzungssystem haben, was aber selbstverständlich nicht an der Übersetzerin liegt. Vielleicht können wir später im Verlaufe der Fragen und Kommentare diese Themen weiter vertiefen.

Wie Sie wissen, haben die Pisa- und Perls-Untersuchungen gezeigt, dass es einen starken Zusammenhang von sozialer Herkunft der Personen und ihren Kompetenzen und Entwicklungen im Rahmen von Bildung gibt.

Zuerst möchte ich sagen, dass es nicht Aufgabe der Bildung ist, Probleme zu lösen, die nur von den Politikern und im finanziellen Umfeld gelöst werden können. Und es gibt keine mechanische und einfach sichtbare Beziehung zwischen Bildungskompetenzen und Armut. Klar ist aber, dass fehlende Bildung Armut verschlimmert und reproduziert. Untersuchungen zeigen deutlich, dass es in Deutschland 1.200.000 bis 1.500.000 Personen gibt, die sich in einer Situation relativer Armut befinden und die außerdem in den meisten Fällen einen Migrationshintergrund haben. Es hat sich auch deutlich herausgestellt, dass die Menschen, die sich in einer Situation sozioökonomischer Armut befinden, auch gleichermaßen von Bildungsarmut betroffen sind. Mit anderen Worten: Die Auswirkungen soziale Ungleichheit scheinen sich wiederzuspiegeln in den Möglichkeiten für schulische Bildungsfortschritte.

21. Januar 2006 in Berlin (Übersetzung von Ulf Riebau)

Neben dem Thema der sozialen Ungleichheit beschäftigte uns während des Besuchs das Problem der Segmentierung und Selektivität. Wir hatten den Eindruck, dass das Bildungssystem sich nicht notwendigerweise an der Inklusion der Menschen orientiert, sondern auch an der Aufteilung als Bildungsstrategie. Die Tatsache, dass diese Aufteilung in Folge einer Einstufung in der 4. Klasse, also ab dem Alter von zehn Jahren, stattfindet, bringt eine grundsätzliche Schwierigkeit mit sich. Denn die Iglu-Untersuchung hat gezeigt, dass 44 Prozent der Einstufungen (Schullaufbahnpfehlungen) nicht den Eigenschaften der Kinder entsprechen. Es scheint also so zu sein, dass es einen wirksamen Zusammenhang gibt zwischen der Struktur, der Funktion der Lehrer und Lehrerinnen und der Situation der Jungen und Mädchen.

Die Ergebnisse dieser Einstufung, die aus unserer Sicht sehr früh vorgenommen wird, berücksichtigen nicht immer die Notwendigkeit, alle Potenziale der Jungen und Mädchen zu entwickeln. Man kann den Eindruck haben, dass die Ergebnisse dieses Einstufungsprozesses sich eher aus dem System ergeben, als die Bedürfnisse der Kinder zu berücksichtigen. Dies könnte dazu führen, dass dem Prinzip des übergeordneten Interesses des Kindes widersprochen wird.

Dieser Prozess der Aufteilung wird natürlich jene Bevölkerung berühren, die weniger begünstigt ist, also Menschen mit einem Migrationshintergrund, Menschen mit einer Behinderung und Menschen, die sich in den verschiedensten Lagen des sozialen Nachteils befinden. Es ist bekannt, dass 20 Prozent der Hauptschüler keinen Abschluss erreichen und dass ungefähr 50 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund nach Erreichen des Schulabschlusses keinen Ausbildungsplatz erhalten. Diese Personen stehen im Wettbewerb nicht nur den Arbeitslosen allgemein gegenüber, sondern den höher qualifizierten, was zu einer Verstärkung der Exklusion führt. Eine weitere bekannte Folge ist, dass arme Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund in den Hauptschulen über- und in den Gymnasien unterrepräsentiert sind.

Selbstverständlich sind wir uns vollständig darüber im Klaren, dass das Gymnasium in Deutschland eine Institution ist. Und natürlich wissen wir bei diesen Anmerkungen um den kulturellen Hintergrund, der sich gehalten hat und der auch positive Ergebnisse hervorgebracht hat.

Diese besondere Selektivität, die wir im deutschen System wahrgenommen haben, scheint auch einige alternative Bildungsmöglichkeiten zu verschließen, wie z.B. im Fall des Homeschooling und des Fernunterrichts.

Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, dass es beim Thema Migration im Grunde um eine soziale Problematik, und nicht um eine ethnische geht. Was die Flüchtlinge angeht, wollen wir noch die Tatsache hervorheben, dass der Vorbehalt der deutschen Bundesregierung gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention praktisch die Auswirkung hat, dass die Kinder zuerst in ihrem Status als Flüchtling gesehen werden, und dann erst als Kinder. Das führt natürlich dazu, dass Personen, deren rechtlicher Status nicht eindeutig geklärt ist, auch keine Möglichkeit haben, in den Ausbildungsbereich hinein zu kommen. Das ist eines der größten Probleme beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Die Situation der Lehrkräfte hat unsere besondere Aufmerksamkeit gehabt. Wir haben wahrgenommen, dass die Erwartungen an die Lehrkräfte in vielen Fällen ihre realen Gestaltungsmöglichkeiten in der Bildung übersteigen. Man weist heute eindringlich auf die

21. Januar 2006 in Berlin (Übersetzung von Ulf Riebau)

Notwendigkeit hin, die pädagogische Vorbereitung in der Lehrerausbildung zu stärken. Denn die Lehrerausbildung hat traditionellerweise den Schwerpunkt eher auf die fächerspezifische Wissenschaft als auf die Pädagogik

Schließlich möchte ich die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass in 20 bis 30 Jahren die demografische Lage in diesem Land sich sehr geändert haben wird. Man erwartet, dass mindestens 40 Prozent der Schüler in den Schulen in dieser Zeit eine Migrationsherkunft haben werden.

Wenn diese asymmetrische Tendenz, die wir festgestellt haben, weiter anhält, könnte die Arbeitslosigkeit möglicherweise ansteigen und damit würden auch die staatlichen Belastungen für Arbeitslosenunterstützung sehr viel mehr zunehmen. Folglich scheint es uns, dass das Land einen entschlossenen Dialog beginnen müsste über die Struktur, verbunden mit den Inhalten der Bildung.

Ich werde jetzt mit nicht mehr als drei Bemerkungen zu den Strategien kommen, die man bereits zu verfolgen begonnen hat.

Die erste Bemerkung bezieht sich darauf, dass man das Kind ins Zentrum des Bildungsprozesses rückt. Und wie wir gesehen haben, ist es eindeutig nicht so, dass es eine Bildung gibt, die begründet wird mit den Rechten der Jungen und Mädchen, so wie es auch keine systematische Einbindung der Menschenrechte in die schulischen Lehrpläne gibt.

Wir stimmen sehr dem Vorhaben zu, die frühe und vorschulische Bildung zu fördern und voran zu bringen. Und uns erscheint es, dass Gebührenfreiheit der frühen und vorschulischen Bildung natürlich einen großen Impuls geben würde.

Es gibt eine anhaltende Debatte zum Thema Sprachförderung. Das Thema der Sprachförderung ist noch nicht ausreichend erforscht. Doch dürfen auf jeden Fall die Sprachkompetenzen nicht als einzige Bedingung für die Realisierung des Rechts auf Bildung gesehen werden.

Zum Schluss möchte ich einige vorläufige Empfehlungen nennen, die sich aus unserer Sicht ergeben haben, und die ich der Bundesregierung und den Regierungen der Bundesländer geben möchte.

Die erste ist, den Vorbehalt zurückzuziehen, den es noch gegenüber der Kinderrechtskonvention gibt, und der das Alter auf 16 Jahre reduziert, anstatt von 18 Jahren auszugehen, wie es die Kinderrechtskonvention etabliert hat.

Die zweite wäre, die Gebührenfreiheit in der vorschulischen Bildung einzuführen.

Eine weitere wäre die Aufnahme der Menschenrechte in die schulischen Lehrpläne und in die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen.

Eine weitere ist, die Einstufung, die zurzeit im Alter von 10 Jahren stattfindet, auf ein späteres Alter hinauszuschieben und folglich in einen Dialog zu treten, über die Frage der Bildungsstruktur und zwar im Zusammenhang mit einer Analyse der Implikationen für schulische Inhalte und Schulorganisation.